

Deutschpflicht-Schild in Kinderarztpraxis: Neue Regel sorgt für Debatte

Nach Kritik entfernte eine Kinderarztpraxis in Kirchheim ein Deutschpflicht-Schild, bleibt jedoch bei der Regelung.

In einer aktuellen Debatte über Sprachkenntnisse in der medizinischen Versorgung hat eine Kinderarztpraxis in Kirchheim unter Teck für Aufsehen gesorgt. Nachdem ein Hinweis auf eine neue Regelung, die ausschließlich deutschsprachige Patienten vorsieht, in den Medien für Diskussionen sorgte, wurde das Schild nun entfernt. Die dahinterstehenden Beweggründe und die Auswirkungen auf die Gemeinschaft werfen wichtige Fragen auf.

Ein Schild, das Diskussionen auslöste

Die Kinderarztpraxis, die rund 3.500 junge Patienten pro Quartal behandelt, entschied sich vor zwei Monaten für die maßnahmenorientierte Regelung. Diese sah vor, dass Patienten, die kein Deutsch sprechen, künftig nicht behandelt werden können, es sei denn, sie bringen einen Dolmetscher mit. Diese Politik war als Reaktion auf die steigende Zahl von Eltern ohne ausreichende Sprachkenntnisse entstanden, die es den Ärzten erschwerte, Diagnosen zu stellen und adäquate Behandlungen zu gewährleisten.

Die Rolle der Medien in der Debatte

Ulrich Kuhn, der behandelnde Kinder- und Jugendarzt, erklärte, dass der Entschluss, das Schild zu ersetzen, durch den medialen

Aufruhr motiviert wurde. «Wir haben das Schild jetzt ausgetauscht, weil wir denken, dass die Botschaft – insbesondere durch den ganzen Medienrummel – jetzt all unsere Patienten erreicht hat, die es wissen müssen», so Kuhn. Dies wirft die Frage auf, wie Medienberichterstattung solche Situationen beeinflussen und ob sie den Dialog zwischen Ärzten und Patienten konstruktiv fördern kann.

Der Arzt und die Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft

Kuhn betonte, dass die Praxis immer noch auf die Notwendigkeit eines Dolmetschers besteht, um eine sichere und effektive Behandlung zu gewährleisten. Diese Regelung trifft besonders familienorientierte Praxen, die mehr und mehr Patienten aus verschiedenen kulturellen Hintergründen empfangen. Rund die Hälfte der Patient*innen in der Praxis haben mittlerweile einen Migrationshintergrund, was die Kommunikation erschwert. «Natürlich sollen die, die es betrifft, weiterhin mit einem Dolmetscher kommen», fügte Kuhn hinzu, um zu verdeutlichen, dass es um die Sicherheit in der medizinischen Behandlung geht.

Ein Blick in die Zukunft

Trotz der kritischen Stimmen und der Rassismusvorwürfe, die die Praxis trafen, bleibt Kuhn bei seiner Haltung. Die Regelung ist nicht zur Benachteiligung gedacht, sondern zur Gewährleistung der Sicherheit aller Patienten. Das Schild wird vorübergehend durch andere Praxisregeln ersetzt, jedoch soll es in der Zukunft wieder zur Anwendung kommen. «Wir wechseln da jetzt einfach immer durch. Irgendwann kommt dann auch wieder das bisherige Schild dran», stellte Kuhn klar.

Schlussfolgerung und Ausblick

Der Fall zeigt auf, wie wichtig eine klare Kommunikation in der

medizinischen Versorgung ist und welche Herausforderungen sich ergeben, wenn sprachliche Barrieren bestehen. Es bleibt abzuwarten, wie andere Praxen und Institutionen mit ähnlichen Situationen umgehen werden und welche Regelungen in Zukunft eingeführt werden, um eine faire medizinische Versorgung für alle sicherzustellen. Die Diskussion um Sprachkenntnisse in der medizinischen Versorgung wird sicherlich weiter anhalten und die Gemeinschaft dazu anregen, Lösungen zu finden, die sowohl die Patienten als auch die Ärzte unterstützen.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de